

Berliner Börsen-Courier.

Morgen-Ausgabe.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich 13 Mal.
Als besondere Beilage erscheint allwöchentlich die
„Verloosungsliste“.

Redaction und Expedition: Zimmer-Strasse 40/41.

Abonnements-Preis: Vierteljährlich für Berlin excl. Bringelohn
5 Mk. 50 Pf., für ganz Deutschland 7 Mk. 50 Pf.
Insertions-Gebühr: die vierspaltene Petitzeile 40 Pf.

No. 378.

Mittwoch, 29. Juli

1885.

Mit dem 1. August er. eröffnen wir
ein zweimonatliches
Abonnement

auf den „Berliner Börsen-Courier“
zum Preise von 4 Mk. für Berlin excl. Boten-
lohn und 5 Mk. für ganz Deutsch-
land.

Bestellungen nehmen entgegen für
ausserhalb: sämtliche Postanstalten; für
Berlin: die bekannten Zeitungs-Spedi-
teure, sämtliche Stadtpost-Expeditionen
und

Die Expedition des
„Berliner Börsen-Courier“,
S.W., Zimmerstrasse 40/41.

Der ideale Mensch.

Das vollkommene Wesen, welches manche unserer
Mitbürger auf deutschem Boden herzustellen beflissen
sind, kommt leider Gottes nicht zu Stande, ja es scheint
mühter, als ob unsere Generation von dem Ideale eher
sich entfernte, als sich demselben näherte. Das es die
Regierung selbst ist, welche die redlichsten Bemühungen
eider Geister zu nichte macht, können wir täglich in
katholischen Blättern lesen, und die Organe der evange-
lischen Conservativen stimmen ausdrücklich oder still-
schweigend Jenen zu. Soeben hat aber die Preussische
Regierung einen Beschluß gefaßt, welcher außer Jenen
beiden Kategorien auch einen Teil der Liberalen vor den
Kopf stößt, und wir werden das erbauliche Schauspiel
genießen, daß gegen die beabsichtigte Verdoppelung der
Lotterielose Hand in Hand conservativem Bevormunden
des Volkes und freisinnigen Idealisten, Katholiken,
Lutheraner und Panttheisten zu Felde ziehen.

Bei den Verhandlungen im Landtage über den Staats-
posten der Staatslotterie sind alle Parteien geprengt
gewesen. Mit edlem Pathos kämpfte der Grund-
besitzer, welcher vielleicht in der Nacht zuvor im Pharo
einige tausend Thaler gewonnen und von einem
armen Lieutenant einen Ehrenschein erhalten
hatte, die Unbilligkeit des Spiels. Ein be-
rühmter Kämpfer für die Freiheit und Selbst-
bestimmung des Menschen beschwor die Regierung,
die Staatsbürger an der unwirtschaftlichen Selbstaufgabe
zu hindern; Physologen, die den Krieg, neben dem Ar-
beitsgewinn einen Glücksgewinn zu suchen, den vom
Winde getragenen Gaben Fortuna's das Fenster zu
öffnen, als unaufrichtig erkannten, empfahlen gleichwohl,
diesem Triebe die legale und wenigst gefährliche Gelegen-
heit zu nützen und ihn in verfassungsmäßigen Bahnen zu
drängen. Scharen hüllten sich in den kirchlich-religiösen
Mantel und warnten vor der Sünde. Aber in allen
Parteien fanden sich auch besonnene Männer, welche es
ablehnten, auf des Lebens Altargewand einen überstil-
lichen Flecken zu setzen, der alsbald verschwinden und als
häßliche Heuchelei erkennbar werden muß.

Der einfache gesunde Verstand des Volkes durchsaut
leicht unangefochene Motive bei den Staatsactionen. Er
weiß recht gut, daß eine billige Gelegenheit, die
äußerste Sitteneinheit zu vertreten, mit Eifer erfaßt
wird, um das verehrliche Publikum über manches durch-
aus nicht gar so heilig-stille Mandat hinwegzuführen.
Der Kampf gegen die Lotterie hat ein prächtiges Pen-
dant an dem Kampfe für die Sonntagsfeier.

Conservative und Clericale verlangten vor allem im
Namen Gottes die Heiligung des Sabbaths; das Cen-
trum marschierte voran, die Partei Siders-Rauchhaupt
folgte. Die Forderung, welche auf die heilige Schrift
gestützt war, verband sich mit der Heiligung
der Sonntagsfeier, durch das Capital ver-
hinderten Arbeiter. Bei dieser Gruppe fiel der socia-
listische Chor ein, dem der erste Vers mit dem Bibel-
grunde nicht recht paßte. Fürst Bismarck versprach,
indem er Zweifel an der behaupteten Größe des Uebels
und seinen Wunsch, daß Erreichbares erzielt werde, aus-
drückte, eine Untersuchung der vorhandenen Zustände und
Ermittelung der möglichen Reform. Jetzt regnet es
Proteste. Die Socialisten wollen von der Unterdrückung
nichts wissen, die ihre Ueberzeugung an den Tag
bringen wird, die Clericale warnen ihre Gesinnungs-
genossen, der Regierung auf die Finger zu passen,
weil dieselbe in kirchenfeindlichem Sinne vorgehe.
Die conservativen Freunde des Centrums bleiben
vorläufig still, um je nach dem Ausfalle der
Ermittelungen ihren Inspiratoren treu zu bleiben oder
sich bei Seite zu schleichen. Keinem Theile ist es bei der
Agitation für die Zwangsheiligung des Sonntags ernstlich
um Wahrheit und Recht und Sittlichkeit zu thun gewesen.

Alle wußten, daß das ideale Ziel eines arbeitsfreien, der
Erhebung zum Ewigem gewidmeten Wochentages für alle
Menschen unerreichbar sei. Es handelte sich nur darum,
diese verführerische Fatale anzuknüpfen.

Wenden wir auf ein anderes Gebiet. Die Verwüstung,
welche der Branntwein im leiblichen und sittlichen Be-
finden des Volkes vernichtet, ist so augenfällig und
notorisch, daß die Conservativen es nicht den Libe-
ralen allein überlassen können, Klage deswegen
zu erheben. Sie und die ihnen verbündeten Clericalen,
diese hier als zweite Stimme, bedauern die Folgen des
Branntweingenußes, sind aber merklich von allen
idealen Anschauungen, von jedem extremen Mittel, dem
Uebel zu steuern, entfernt, weil das ihre Taschen erleich-
tern würde. Die Abnahme des Schnapstrinkens bedeutet
eine Abnahme des Einkommens der Brennereibesitzer. So
widersprechen sie denn leidenschaftlich allen einschneiden-
den Maßnahmen und empfehlen unaufhörlich die Ver-
minderung der Schenkstellen, wohl wissend, daß der
Säufer schon Gelegenheit finden würde, das unentbehr-
liche Oist zu erlangen, daß schnell Associationen entstehen
würden, um den schlimmsten Handstrich im Großen ein-
zukaufen.

Setzjam, wie da der ideale Mensch den Fürsprechern
der Sitteneinheit unter den Händen verschwindet! Aber
gegen die Verheerung der Lotterielose werden sie ent-
schieden protestieren. Warum? auf der rechten und im
Centrum sitzen viele Desillusite, aber kein einziger
Lotterie-Collector ist unter ihnen.

Kurze Chronik.

Sir Moses Montefiore ist gestern gestorben.
Eine der ersten Vorlagen, die der nächsten Session des
Reichstages zugehen werden, soll die Beteiligungs-
deklaration an der Garantie für die Egyptische Neun-Millionen-
Anleihe sein.

Es ist, allerdings noch gerüchweise, von einer neuerlichen
Europäischen Konferenz zur Schaffung einer inter-
nationalen Controlle für Egypten die Rede.

Die Liberalen im Fürstenthum Lippe wollen ein
Regentschafts-Gesetz nach dem Muster des Braun-
schweigischen einbringen.

Englische Missionare haben in Afrika einen neuen wic-
tigen Wasserlauf entdeckt, der sich nahe dem Aequator,
auf Französischem Territorium, in den Congo ergießt.

Die Politik.

Die Realisirung der Egyptischen Neun-Millionen-
Anleihe charakterisirt sich als ein tagespolitisches Ere-
igniß von großer Bedeutung. Bergangenmächtig man
sich die Bedingungen, unter denen beregte Operation zu
Stande kommt, so ist es klar, daß wir es hier mit einer
Vertrauensstunde Europas an die Adresse des
Ministeriums Salisburg zu thun haben, welche zu den
besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Seit dem
Lage der Beschließung Alexandriens figurirte das Egh-
ptische Problem unter den zweifelhaftesten Posten im
Hauptbuche der Europäischen Politik. Die am Nil ein-
geleitete Action entwickelte sich so vollständig außerhalb
des Bereiches der internationalen Interessensolidarität,
daß den Mächten nur erübrigte, den dortigen Evolutionen
der Gladston'sche Politik gegenüber sich auf die Rolle
des zwar aufmerksamen, aber unbeeiligteten Zuschauers
zu beschränken, wenn auch unter ausdrücklichem Vorbehalt
ihrer späteren Prüfung der in Egypten von England zu
schaffenden endgiltigen Thatfachen. Inzwischen stellte
sich alsbald klar genug heraus, wie wenig das
Gladston'sche Cabinet den Egyptischen Dingen gewachsen
war. Sein Versuch, durch die Einberufung der
Egyptischen Konferenz nach London Europa für die
am Nil begangenen Sünden aufkommen zu lassen,
endete bekanntlich mit einem Fiasco. Wenn es dem
Ministerium Salisburg gelungen ist, binnen verhältniß-
mäßig kurzer Frist einen derartigen Meinungsumschwung
der Cabinetes, bezüglich des Egyptischen Problems, herbei-
zuführen, so liegt die Vermuthung nahe, daß man es in
diesem Falle nur mit der erfreulichen Wirkung einer
nicht minder erfreulichen Ursache — Einipwenthung der
Englischen Politik in die Linie der Europäischen Inter-
essensolidarität — zu thun hat, d. h. mit einem glän-
zenden Siege desjenigen Systems, welches durch den
Abbruch des Deutsch-Osterreichischen Friedensbundes so
vielfach in der Vergangenheit inaugetirt wurde. Unter diesem
Sichtspunkte enthält sich die eigentliche Tragweite des
Erfolges, den die Auslegung der Egyptischen Neun-
Millionen-Anleihe darstellt. Er bedeuert, daß England
seine Egyptische Politik vor den Cabineten rehabilitirt
hat und seine auswärtigen Interessen künftig nicht mehr
durch Nichtbeachtung legitimer Rechte anderer Völker,
sondern im Wege internationaler Verständigung wahr-
zunehmen gewillt ist. Die Erhaltung und Befestigung
des Balkenfriedens kann dabei nur gewinnen, Europa hat
dennoch Grund, das Zustandekommen der Egyptischen
Anleihe als ein günstiges Omen zu betrachten.

Auf diese Umstände bauend, rechnet Fürst Bismarck
dennoch auch auf die Zustimmung des Reichstages zur
Theilnahme Deutschlands an der Ga-
rantie für die Anleihe, um so mehr, als er darthun zu
können meint, es würden dem Reiche thatsächliche Lasten
aus der Garantie nicht erwachsen. Die Vorlage soll dem
nächsten Reichstage jedenfalls sofort nach seinem
Zusammentritt zugehen und Fürst Bismarck
selbst wird sie vertreten.

Dem Maurerstrike widmet die „Nordd. All. Z.“
einen Leitartikel, in dem sie, anknüpfend an die Wei-
nung des Strikes mit der Vertreibung der
Lebensmittel sagt:

„Nimmt man aber gleichwohl die Behauptung als richtig
an, daß die Detailpreise allgemein gestiegen seien, wäh-
rend die Engrospreise allgemein sanken, so ergeben sich für
die richtige Organisation unseres distributiven Verkehrs
sehr berechtigte Bedenken. Diese aber müßten es zweifelhaft
erscheinen lassen, ob eine etwa errungene Lohnerhöhung den
Arbeitern selbst wirklich zu gute gekommen sein würde, oder
ob nicht der Detailhandel Macht genug besäße hätte, dieses
Lohnplus durch weitere, vom Großverkehr unabhängige
Preisverhöhung an sich zu ziehen, so daß die Strikenden selbst
von den erhöhten Lohnsätzen keinen Vortheil gehabt haben
würden. Dieser aus der Behauptung der Strikenden, welche den
Strike begründen soll, fließende Zweifel läßt es aber höchst
fraglich erscheinen, ob überhaupt durch Strike eine allgemeine
und dauernde Besserung der wirtschaftlichen Lage der Ar-
beiter zu erzielen sein dürfte. Erwäge es sich nämlich als
richtig, daß der Detailverkehr das Lohnplus sich aneignet,
ohne dem Arbeiter ein Mehr an Gütern zu gewähren, so
würde darin ein Hinweis liegen, daß bei der jetzt üblichen
Organisation des Detailverkehrs Strikes für den Arbeiter
generell erfolglos selbst dann wären, wenn anscheinend ihr
Ziel erreicht worden. Ob nicht für die corporativen Ge-
nosenschaften, Innungen zc. hier eine Aufgabe erwäke, die
dahin ginge — selbstverständlich ohne Zwang und ohne An-
kündigung an Trud —, für ihre Arbeiter diese preissteigernde
Tendenz des Detailverkehrs zu paralysiren, wäre gegenüber
der in Arbeiterkreisen wahrnehmbaren Eitelkeit eine gewiß
erwägenswerthe Frage.“

Wir begnügen in den beiden erörterten Punkten der
agitatorischen Wurzel des nun beendigten Maurerstrikes; die-
selbe tritt aber noch deutlicher zu Tage darin, daß für alle
Arbeiter, von doch ganz verschiedener Leistungsfähigkeit, der
gleiche Lohnsatz beansprucht und die Concession ausdrücklich
abgelehnt wurde, nach welcher die Meister für die leistungs-
fähigeren Arbeiter den geforderten Satz bewilligen, sich aber
vorbehalten wollten, für weniger leistungsfähige Abnutzungen
beizubehalten. Diese beanspruchte „Gleichheit Aller“ festigt
in so unlöslichen Widerspruch zu allen wirtschaftlichen Vor-
aussetzungen, daß in Verbindung mit dem oben Angeführten
es ziemlich zweifellos erscheint, daß die Urheber des Maurer-
Strikes, resp. die hinter ihnen Stehenden, aus den Conliken
die Sache Dirigirenden, weit mehr aus agitatorischen Mo-
tiven handelten als aus wirtschaftlichen.

Im Landtage des Fürstenthums Lippe, der im
Oetober wieder zusammentritt, wollen liberale Abgeord-
nete versuchen, ein ähnliches Regenschafts-gesetz
durchzubringen, wie es in Braunschweig besteht. Der
regierende Fürst ist kinderlos und sein einziger Bruder
nicht successionsfähig. Erbberchtigt glaubt die Familie
der Grajen zur Lippe zu sein, aber man verlangt in dem
Ländchen nicht nach einer neuen Dynastie.

Zum Präsidenten des Ober-Landesgerichts
zu Königsberg und zugleich zum Kanzler des
Königreichs Preußen ist, wie neuerdings ver-
lautet, der Geheim- Ober-Justizrath v. Holleben,
Senats-Präsident beim Kammergericht, auszuwählen.

In Köln, Bonn und anderen Rheinischen Städten
haben vorgestern große ultranontane Verammlungen
stattgefunden, in denen die Erhebung des Erzbischofs
Melchers zum Cardinal gefeiert wurde. Die Stim-
mung war eine sehr kriegerische, alle Neben schlossen mit
dem Reform, daß die Waage aus der Welt geschafft
werden müßten. In Bonn brachte man eine Geben-
tafel an dem Hause an, in welchem der neue Cardinal
als Student gelebt hat.

Der „Reichsbote“ hatte geäußert, daß Herrn Stöcker
Zuschriften aus Siegen zugehen, in welchen die höchste
Ehrerbietung für denselben ausgedrückt wird. Darauf
sagt die „Neue Zeitung“:

Da der „Reichsbote“ es unterlassen hat, die Partei zu
bezeichnen, von welcher diese angeblichen Zuschriften her-
rühren, wollen wir ihm auf Grund einer uns heute vor-
gelegten Correspondenz mittheilen, daß unsere Parteigenossen
in Siegen alle Anstrengungen machen werden, damit Herr
Stöcker aus dem Parlament verdrängt werde. Im Uebrigen
halten wir unsere auf die Candidatur Stöcker bezügliche
Mittheilung voll und ganz aufrecht.“

Leider waren es in Siegen aber die nationalliberalen
Parteigenossen der „Neuen Zig.“, welche in der Stich-
wahl die Wahl Stöcker's gegen einen freisinnigen Can-
didaten entschieden. Wir nehmen von den Redungen der
Neue gern Notiz.